

„Ohne die so genannten Illegalen geht in vielen Bereichen Deutschlands gar nichts mehr“

Interview mit dem renommierten Einwanderungsexperten Professor Klaus J. Bade

Berlin – Reizthema Einwanderung: Zwischen und innerhalb der im Bundestag vertretenen Parteien tobt ein Streit, ob und wie das Thema öffentlich diskutiert werden darf. Er ist Ausdruck einer tiefen Verunsicherung darüber, wie das Land in Zukunft mit Ausländern umgehen kann und will. Darüber sprach Olaf Jahn zum Abschluss der Morgenpost-Serie „Festung Europa“ mit Professor Klaus J. Bade von der Universität Osnabrück. Der Historiker ist Vorstand des dortigen „Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien“ und Mitbegründer des bundesweiten Rats für Migration. Er gehört zu den führenden Einwanderungsexperten Deutschlands und hat in seinem soeben veröffentlichten Buch „Europa in Bewegung“ (Verlag C.H.Beck) Entwicklung und Probleme von Wanderungsbewegungen in, aus und nach Europa beschrieben.

Berliner Morgenpost: Herr Bade, die Unionsparteien wollen Einwanderung zum Wahlkampfthema machen. Die Regierungsparteien nennen das unverantwortlich. Darf man über Einwanderung nicht öffentlich diskutieren?

Klaus J. Bade: Im Gegenteil, man muss es tun. Es ist in hohem Grade verwegen zu sagen: „Lasst uns diese Themen heraushalten.“ Es hat keinen Zweck, Wähler wie Kinder zu behandeln. Die lesen dann in



der Zeitung, dass man sie für unkalulierbar hält. Das ist mit dem viel beschworenen mündigen Bürger nicht zu machen. Einwanderung ist ein gravierendes Problem. Es ist doch klar, dass dieses Thema dann im Wahlkampf zur Debatte gestellt wird. Die Regierung sollte das als Ansporn verstehen und zurückkehren zu der ansatzweise positiven Migrationsdiskussion, die wir doch im Frühjahr schon hatten, statt das Thema erneut zu tabuisieren.

Kritiker warnen, dass diese Debatte den Rechtsradikalen nutzt.

Dagegen kann man doch etwas tun. Ich wundere mich über die politische Phantasielosigkeit. Da wird seit Monaten eine Debatte über Rechtsradikalismus geführt, die sich um sich selber dreht. Aber jene The-

men, die für Rechtsextremisten und die gewaltbereiten Gruppen von entscheidender Bedeutung sind, die Fremden, die Einwanderer, deren Eingliederung, das Zusammenleben mit ihnen, all dies kommt nicht vor.

Die Suche nach strukturellen, historischen Gründen herrscht deutlich vor.

Ja, und es nützt uns nicht soviel, dass wir uns in diesem Zusammenhang ständig mit dem Nationalsozialismus beschäftigen. Das ist absolut notwendig. Damit erreicht man aber keine Gewalttäter. Wir müssen uns darum kümmern, dass das Verhältnis zum Thema Integration und Minderheiten selbst normalisiert wird. Die Leute müssen beispielsweise lernen, dass sie nicht in einer historischen Ausnahmesituation leben, sondern das Deutschland wieder das wird, was es immer war: Eine Drehscheibe im internationalen Wanderungsgeschehen.

Viele Bürger empfinden allein schon den Gedanken an Einwanderung als Belastung...

...weil sie eben nicht gelernt haben, damit umzugehen. Nehmen Sie zum Beispiel das Thema „Illegale“. Es wird immer nur als Art von Kriminalität wahrgenommen, es ist durchweg negativ besetzt...

...während gleichzeitig die schwarz arbeitende polnische

Putzfrau im eigenen Haushalt, als normal empfunden wird.

Und nicht nur dort. Die so genannten Illegalen werden doch überall gebraucht. Ohne sie geht in vielen Bereichen nichts mehr. Im Straßenbau, beim Spargelstechen, in den Pflegediensten. Sogar Pfarrer sollen schon auf illegale Mitarbeiter setzen. Das Regierungsviertel in Berlin hätte ohne Illegale nicht so schnell und zu diesen Preisen gebaut werden können. Übrigens ist das in anderen Ländern ähnlich. In Frankreich sollen Illegale etwa ein Drittel des Autobahnnetzes gebaut haben.

Wir müssen also...

... das Bild von den Illegalen der Wirklichkeit anpassen, es entkriminalisieren. Bisher war es zu platt. Da geraten Illegale in der Vorstellung schnell in Verbindung mit Menschenhändlern und anderen Verbrechen.

Wie könnte die Politik das Thema Einwanderung angehen? Sind so fest geprägte Vorstellungen in den Köpfen von Bürgern überhaupt in absehbarer Zeit zu ändern?

Ja. In Australien beispielsweise hat das funktioniert. Dort wurde über Jahrzehnte hinaus eine rassistische „Australien bleibt weiß“-Politik betrieben. Und dann hat man innerhalb eines Jahrzehnts umgestellt. Auf Multikulturalismus als Verfassungsauftrag. Das ist aber nur gegangen, in



Einer der führenden Einwanderungsexperten Deutschlands: Professor Klaus J. Bade von der Universität Osnabrück.

FOTO: MIMÉY

dem man wirklich politische Werbung um die Menschen im Land gemacht hat.

Brauchen wir so etwas?

Ja, auch in Deutschland. Wir brauchen große parteiübergreifende Werbekampagnen zur Annäherung an die Wirklichkeit. Plakatwerbung, Filmwerbung, Public-Relation. In Radio, Fernsehen, Presse. Das würde die Offenheit fördern. Und dazu beitragen, dass neben der rechtlichen Integration von Ausländern, die ja recht gut klappt, auch die mentale Bereitschaft zur Aufnahme wächst. Denn das typische Kennzeichen von Einwanderungsländern, der Schulter-

schluss mit den Neuen, den gibt es in Deutschland noch nicht.

Warum bleibt bei uns die öffentliche Debatte darüber aus?

Ich sehe vor allem zwei Gründe. Wir sind – das hat übrigens schon unter Helmut Kohl begonnen – auf einem Weg von der parlamentarischen hin zu einer Art präsidentialen Kanzler-Demokratie. Da schwebt der Kanzler gewissermaßen über den Dingen und vermittelt. Und ansonsten versucht man in Konsensrunden die so genannten Betroffenen einzubinden und erst nach der internen Einigung auf das Parlament zuzugehen. Wie etwa bei der Zuwanderungs-

kommission. Das verträgt sich auf Dauer nur bedingt mit dem Grundgedanken unserer parlamentarischen Demokratie, nach dem unterschiedliche Meinungen eben im Parlament ausgetragen werden sollen.

Und die Parteien haben offenbar Probleme mit ihren eigenen Positionen...

Richtig, das Kasperletheater in Berlin ist der zweite Grund. Die rot-grüne Koalition kann sich nicht mehr erinnern, dass ihre beiden Parteien in der Opposition Einwanderungsgesetze gefordert haben. CDU/CSU kann sich in der Opposition nicht mehr daran erinnern, dass sie das, was sie jetzt fordert, in der Regierung verweigert hat: Nämlich Einwanderungsgesetzgebung und eine umfassende Einwanderungskonzeption.

Zur Einwanderungskommission. Manche sehen in ihr nur ein Mittel zum Zeit schinden...

Nun, ein Kommissionsmitglied hat unlängst in einer Rede davon gesprochen, dass die Mitglieder nun erst einmal begonnen haben, sich in die Gesetzgebung der klassischen Einwanderungsländer einzuarbeiten. Das ist natürlich ein Problem. Den Diskussionsstand hatten wir vor 20 Jahren. Alle Parteien haben fix und fertige, in einiger Hinsicht sogar umsetzbare, Gesetzentwürfe in den Schubladen liegen. Die muss man nur rausziehen, mixen und dann das Beste dabei herausholen. Was fehlt, ist lediglich der politische Wille.

Berliner Morgenpost, 13. 10.
(Nr. 40) 2000